



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Namen, Nachrichten, Notizen

Universität Paderborn

Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983

Nr. 6

urn:nbn:de:hbz:466:1-8593

NAMEN NACHRICHTEN NOTIZEN

Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Nr. 6 / I/81

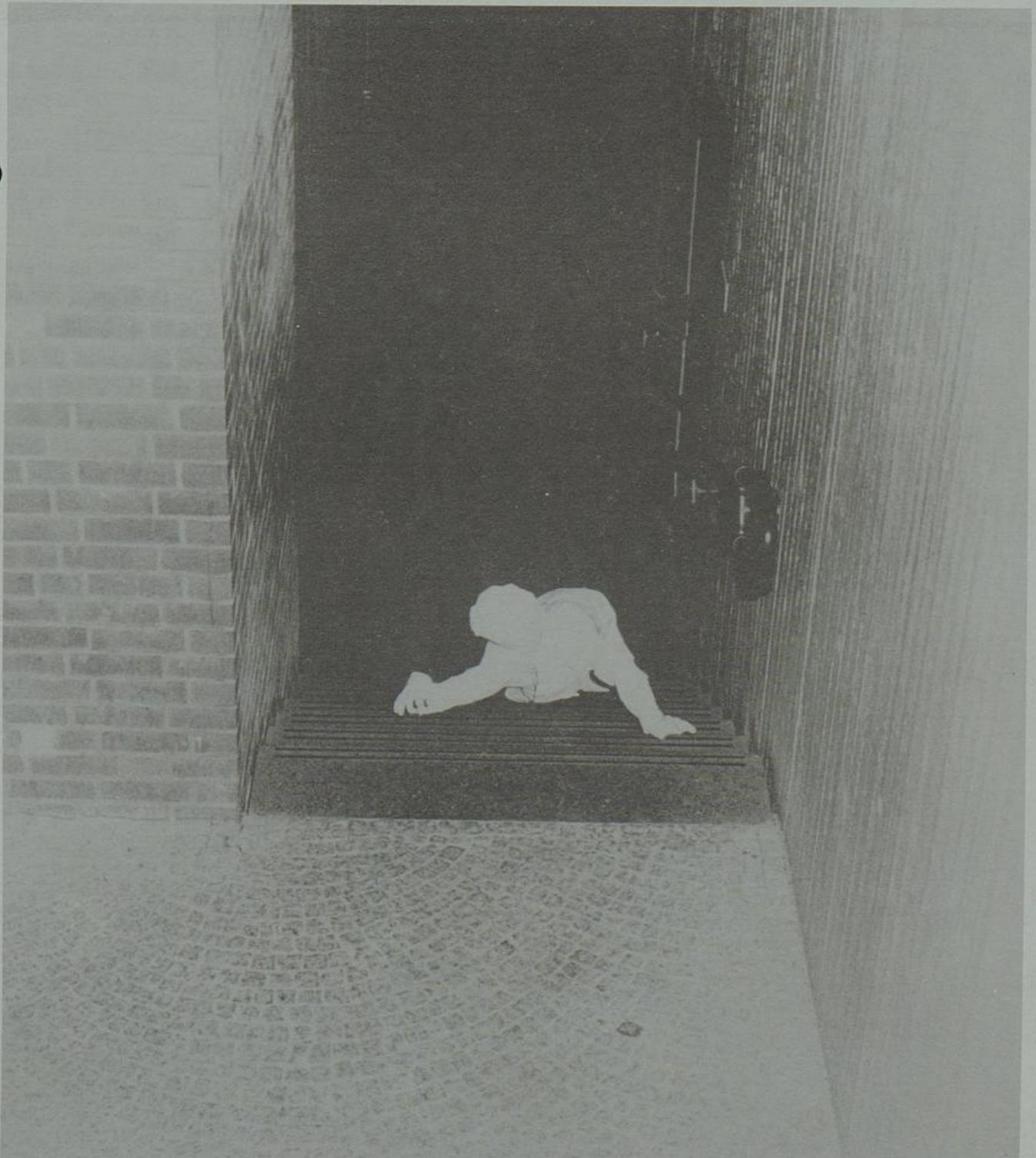


Foto: Schuller

Welche Auswirkungen verschärfte Prüfungsbedingungen auf das angegriffene Gemüt der Studenten haben, sah man jüngst auf einer Treppe in unserer Hochschule. Nur schleppend, kriechend mit allerletzter Kraft, gelingt es diesem armen Geschöpf, die vielen Stufen zum erfolgreichen Abschluß zu erklimmen. Aus intensivster Beobachtung aller Universitätsinsassen ergab sich für vier Studenten des Faches Kunst die Möglichkeit, drei „Typen“ darzustellen. Das Foto zeigt „Typ“ 1 bei der Ausführung seiner täglichen Anstrengungen. „Typ“ 2 und 3 (nicht abgebildet) signalisieren den Vergeistigten und den allein mit seiner Muskulatur und seinem Kaffee Beschäftigten. Peter Boi-dol, Leonore Lottmann, Heiner Meermeyer und Regina Schuller, die diese „Typen“ in Atelierarbeit bei Herrn Ortner anfertigten, hoffen, mit dieser Ak-tion einige Denkanstöße gegeben zu haben. (Titelbild)

Hochschulinterne Diskussion, Stellungnahme gegenüber dem Kultusmini-ster des Landes NW bis zum 15. Januar 1981, Anhörungsverfahren ab Fe-bruar: das sind Schritte auf dem Weg zur tiefgreifenden Revision der Ersten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen.

Prof. Dr. Hans Niederau, stv. Vorsitzender der Kommission für Studium und Lehre, nennt die Dollpunkte des Entwurfs für die Zukunft der Lehrerausbil-dung. (S.3)

„O-Phase“; unter diesem Stichwort führte der AStA gemeinsam mit den Fach-schaften zu Beginn des WS 1980/81 Einführungsseminare für Studienanfän-ger durch. Ein Erfolg? Mitarbeiter der Zentralen Studienberatungsstelle, mit Studienproblemen täglich konfrontiert, versuchen dies im Gespräch mit dem AStA auszuloten. (S.6)

Noch im November 1979 wurden sie zu Grabe getragen: die Hoffnungen der Sportstudenten auf adäquate Sportanlagen auf dem Campus. Wie man sieht sogar stilvoll, man trug Zylinder. (siehe S. 10)

Der Pessimismus war unbegründet. Die Außenanlagen und Hochbauten für das Fach Sport werden derzeit mit kräftiger Unterstützung der Stadt Pader-born errichtet. NNN informiert über den Stand der Bauarbeiten, über Fertig-stellungstermine, aber auch über Wermutstropfen.

7.400: so lautet die Studienplatzzielzahl für nach 1980. Obwohl noch nicht ein-mal die Baustufe 1975 — Zielzahl 6.100 Studienplätze — fertig ist, bevölkern im WS 1980/81 demgegenüber schon mehr als 8.400 Studenten die Hochschu-le, ein Zeichen für die für eine Neugründung ausgezeichnete Auslastung. Selbst der Wissenschaftsrat hat das anerkannt.

NNN zeigt die Verteilung der Studenten auf die Fachbereiche auf. Für näher Interessierte sei darauf verwiesen, daß die Statistik die Auslastung der auch oder ausschließlich mit der Lehrerausbildung befaßten Fachbereiche nur recht unscharf wiedergibt, da Lehramtsstudenten neben dem erziehungswis-senschaftlichen Anteil zwei Fächer zu studieren haben, aber nur einem Fach-bereich ihrer Wahl angehören können. (S. 11)

Zu Beginn eines jeden Studienjahres das gleiche Bild: Studenten in Scharen auf Wohnungssuche.

Um die Misere zu verdeutlichen, aber auch zur Linderung der ärgsten Nöte, wurden schon Zelte aufgebaut, Eisenbahnwaggons genutzt. Die herbe Fri-sche des Spätherbstes machte dem meist bald ein Ende, die Betroffenen ar-rangierten sich und pendeln zwangsläufig.

Woran liegt nun die geringe Neigung zur Vermietung von Wohnraum an Stu-denten? Die Bürgerschreck-Zeiten der 60er-Jahre liegen doch lange zurück. Etwa an mangelnder Kenntnis über Möglichkeiten der finanziellen Förderung beim Wohnraumbau für Studenten? NNN gibt Hinweise. (S. 10)

In Soest allerdings gehen die Uhren wohl anders. (S. 16)

INHALT

	Seite
Kommentar	3
O-Phase	6
Schlag-Licht	8-9
Statistik	11
Gemischtes	12
1. Leserbrief	13
Hätten Sie's gewußt	14
Neues aus den Abteilungen	15
Anlässe	16
Personalia	18

IMPRESSUM

NAMEN NACHRICHTEN NOTIZEN

Zeitung der Universität-
Gesamthochschule-Paderborn.
Hrsg.: Presse- und Informations-
stelle, Warburger Straße 100,
Tel. 05251/60-2562/2548

Redaktion verantwortl.:
Siegfried Kretschmer/Jürgen Plato
Fotos/Layout: Helga Niermeier
Satz und Druck:
Druckerei Junfermann
Auflage: 3.000
Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Mit Namen gekennzeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Mei-
nung der Redaktion wieder.

Neue Prüfungsordnung — Eingriff in die Studienfreiheit?



Foto: Privat

Mit den übrigen Hochschulen des Landes NRW hat auch die Universität-Gesamthochschule-Paderborn den Entwurf einer „Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen“ (im folgenden PO genannt) zugestellt bekommen mit der Bitte, bis zum 15. Januar 1981 dazu Stellung zu nehmen. Im Februar ist dann eine Anhörung der Hochschule beim Kultusminister vorgesehen. Durch die Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes (LABG) vom 28. August 1979 ist der Kultusminister gemäß § 16,5 ermächtigt, aber auch verpflichtet, die im LABG nur im groben Rahmen festgelegte Lehrerausbildung mit Einzelheiten durch Rechtsverordnung zu füllen. In dem zugegangenen Entwurf der PO werden daher die Studienanteile der einzelnen Fächer und Lernbereiche, die Anzahl der zu erbringenden Leistungsnachweise, der Abschluß des Grundstudiums, die Bedingungen für die Meldung zur Prüfung, aber auch das Verfahren bei den einzelnen Prüfungen geregelt. Diesen Komplex wollen wir Teil A nennen, weil nämlich noch ein Teil B zu erwarten ist, der in noch gravierender Weise Einfluß auf die Prüfungen nehmen wird, weil der Kultusminister dort verbindliche Inhalte für die einzelnen Fachprüfungen festlegen wird. Dieser Teil B sollte bei der Diskussion über den vorliegenden Teil A immer da mitbeachtet werden, wo in den einzelnen Passagen Auflagen zu vermuten sind. Schließlich ist noch eine weitere Verordnung zu erwarten, die die Durchführung der nunmehr vorgesehenen Eignungstests für die Fächer Kunst und Musik regeln soll. Laut LABG gilt die

PO für alle diejenigen Studenten, die ab 1. 1. 1981 ein Studium in einem Lehramtsstudiengang aufnehmen. Aus Zeitgründen sind allerdings einige Teile noch nicht für das SS 1981 verbindlich. Die PO ist aber für alle Studenten interessant, die sich jetzt in einem Lehramtsstudiengang befinden, weil man sich aufgrund der Übergangsbestimmungen ab 1981 nach der neuen PO prüfen lassen kann.

Vorab sei festgestellt, daß der vorgelegte Entwurf des Kultusministers bei weitem die Befürchtungen übertrifft, die man vermuten mußte. Für die Hochschulen ist das Papier von hoher Brisanz, weil durch die Forderungen des Kultusministers, wenn sie in der vorliegenden Form in allen Teilen verwirklicht werden, Studium und Lehre in den einzelnen Disziplinen massiv beeinflußt werden. Es droht in hohem Maße eine Verschulung des Studiums. Es fällt sicher schwer, sachlich über Einzelheiten zu berichten, wenn man auf Schritt und Tritt zu spüren glaubt, daß nicht Pädagogen, Fachwissenschaftler oder Hochschul-Insider, die das Recht auf Freiheit der Lehre kennen, den Entwurf erstellt haben. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß aus juristischen Erwägungen eine „Objektivierung“, eine „Vergleichbarkeit“ von Leistungen angestrebt wird, die das Lehrstudium unattraktiv machen soll.

Dabei ist die „Objektivierung“ und „Vergleichbarkeit“ zunächst auf die Anonymität der prüfenden Instanz und im weiteren auf vermeintliche Gemeinsamkeiten von Inhalten ab-

gehoben. Beide Argumente sind von der Sache her in vielen Veröffentlichungen als ungeeignetes Instrument der objektiven Beurteilung bezeichnet worden. Für die Hochschule aber bedeuten diese Sachverhalte Preisgabe akademischer Selbstverständlichkeiten: Freiheit von Forschung und Lehre, Vielfalt von Lehrmeinungen, Schwerpunktbildung in den Hauptstudiengängen, Betreuung von Examenskandidaten, u.a. Die Hochschulgremien und die Hochschulöffentlichkeit sind aufgerufen, sich massiv gegen solche Eingriffe zu wehren. Aus bitterer Erfahrung muß man allerdings bezweifeln, ob der Kultusminister noch große Veränderungen seines Entwurfs vornehmen wird. Daher ist eine Konzentration auf bestimmte Komplexe von Dringlichkeit.

Es gibt im Entwurf der PO eine Fülle von Details, die beachtet sein wollen. Der Kürze halber können nur die wichtigsten festgehalten werden. Beim Lesen des Textes muß man zwei wichtige Begriffe auseinanderhalten: Prüfungsamt und Prüfungsausschuß. Mitglieder des Prüfungsamtes müssen keine Lehrenden der Uni-GH Paderborn sein, weil die Zuständigkeit des jeweiligen Prüfungsamtes vom Kultusminister geregelt wird. Derzeit gehören unserem zuständigen Prüfungsamt noch die Universität Bielefeld und die Musikhochschule Detmold an. Spricht der Entwurf vom Prüfungsamt allgemein („Das Prüfungsamt beauftragt ...“), so ist der zuständige Leiter gemeint.

Hier nun die wichtigsten Veränderungen und Neuerungen:

1. Die Staatsprüfung hat zwei Abschnitte (§ 4): Zuerst muß die Hausarbeit positiv abgeschlossen werden. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses müssen innerhalb von einem halben Jahr — bei Fächerverbindungen von Kunst, Musik und Sport innerhalb von drei Jahren — alle übrigen Leistungen erbracht werden.

2. Als Nachweis des erfolgreichen Abschlusses des Grundstudiums können Zwischenprüfungen (§ 5,5) eingeführt werden.

3. Bei der Einschreibung zu den Fächern Kunst und Musik sind Eignungstest (§ 5,9) zu erbringen. Für diese Fächer und im Fach Sport gibt es außerdem fachpraktische Prüfungen, deren Benotungen in die Bewertung der Prüfungsleistungen (§ 8,8, § 21) einbezogen werden.

4. Die Prüfungsausschüsse sind mindestens mit einem Professor zu besetzen. Der Student kann nur ein Mitglied des Prüfungsausschusses vorschlagen. Auch das Mitglied aus dem Bereich der Schulen kann prüfen (§ 8).

5. Das Thema der schriftlichen Hausarbeit (§ 13) wird vom Prüfungsamt aus zwei Vorschlägen eines Professors für den Kandidaten ausgewählt. Das bedeutet, daß sich der Kandidat im Hauptstudium auf zwei verschiedene, unterschiedliche Schwerpunkte seines Studiums vorbereiten muß. Unterschiedliche Themen, die die Fähigkeit des Kandidaten zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Bearbeitung ausweisen sollen, bedeuten aber auch unterschiedliche methodische Ansätze, unterschiedlich akzentuierte literarische Aufbereitung seines Vorwissens.

Die Arbeit soll nach Fertigstellung von mindestens zwei Mitgliedern des Prüfungsamtes, nicht des Prüfungsausschusses, begutachtet werden.

6. Nach Inhalt und Verfahren stellen wohl die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (§§ 15,15) den stärksten Eingriff dar, den der Entwurf beschert. Inhaltlich sollen die Klausuren Themen aus dem Grundlagen-

wissen des Prüfungsfaches umfassen. Was ist im jeweiligen Fach Grundlagenwissen? Werden die Grundlagen demnächst im Teil B verkündet? Gibt es in einem gegängelten Studium überhaupt Zeit genug, um bei unterschiedlichen Lehrmeinungen, die nach dem Grundgesetz „erlaubt“ sind, die Problematik von Grundlagendivergenzen aufzuzeigen?

Das Verfahren bei der Durchführung der Klausuren ist eine verschleierte Variante des zentralen Prüfungsverfahrens, heftig und wohlbegründet von allen Hochschulen seit eh und je abgelehnt. Zwei Themen hat der Student zur Wahl, die auf folgende Weise zustandekommen: Drei Mitglieder des Prüfungsamtes schlagen je zwei Themen für die Klausuren vor, die die Studenten eines Prüfungstermins zu schreiben haben. Dem Vorschlag kann eine Musterlösung und ein Katalog von Beurteilungskriterien beigefügt sein. Von diesen eingegangenen sechs Themen wählt der — für das betreffende Fach sach- und fachfremde — Leiter des Prüfungsamtes zwei für die Bearbeitung aus. Sechs Themen müßten es wohl sein, meinte neulich ein Kollege, weil man die Auswahl mit einem Würfel treffen kann. Zwei gesondert bestellte Mitglieder des Prüfungsamtes korrigieren die mit einer Kennziffer versehenen Klausuren, um ein „objektives“ Urteil zu finden. Ich bezweifle, daß selbst in naturwissenschaftlichen Bereichen auf diese Weise ein dem notwendigen Wissen und Können gerechtes Urteil gefunden werden kann.

In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, daß nach dem oben geschilderten Verfahren fünf Prüfer bei einem Prüfungstermin beschäftigt werden, wobei die Hälfte der geleisteten Vorarbeit für den Papierkorb getan ist.

7. Für das Lehramt für die Primarstufe müssen neben dem erziehungswissenschaftlichen Anteil Deutsch und Mathematik sowie ein weiteres Fach oder ein Lernbereich studiert werden. Nur im Schwerpunktfach (45 SWS) kann die Hausarbeit geschrieben werden (§§ 26-30).

8. Für das Lehramt für die Sekundarstufe II entfällt bei den Unterrichts-

fächern das Studium des Zweitfaches, die beiden Unterrichtsfächer müssen mit je 65 SWS gleichgewichtig studiert werden. Beim Studium der Sozialwissenschaften und beruflichen Fachrichtungen gelten andere Anteile (§§ 36-41). Für unsere Hochschule wird nun von Bedeutung, ob die bisherigen Zweitfächer als volles Fach studiert werden können oder ob sie zukünftig nicht mehr wählbar sind. Es muß verhindert werden, daß die Palette wählbarer Fächer verkleinert wird, zumal manches bisherige Zweitfach bessere Berufschancen vermittelte als einige Erstfächer.

9. In den Fächern, die den erziehungswissenschaftlichen Anteil ausmachen, kann nicht mehr die Hausarbeit geschrieben werden, es sei denn, daß Sozialwissenschaften oder Pädagogik als Unterrichtsfach gewählt werden.

10. Neu, aber teilweise fragwürdig ist die Gewichtung von Prüfungsteilen und die Ermittlung der Benotung (§§ 9/10, 21, 29/30, 34/35, 40/41).

11. Wichtig für die bereits in einem Lehramtsstudiengang befindlichen Studenten zum Lehramt der Sekundarstufe II ist der § 42, der den Erwerb der beiden Lehramter für die Sekundarstufe II und I (für das Gymnasium) regelt. Es darf wohl vermutet werden, daß Absolventen mit der Doppelqualifikation eine größere Chance haben, in den Schuldienst übernommen zu werden.

Angesichts der Fülle der aufgezeigten Probleme könnte man resignieren. Aber die Hochschule muß sich entschlossen dagegen wehren, daß über eine Prüfungsordnung des Kultusministers das Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule seines ursprünglichen Freiraumes beraubt wird.

Hans Niederau

Anmerkung der Redaktion:
Der Termin für die Abgabe der Stellungnahme wurde eingehalten. Der Gründungssenat der Hochschule entschloß sich am 14. 1. 81 zu einheitlicher Ablehnung. Gleichwohl nahm er kritisch zu Einzelregelungen des Entwurfs Stellung. Die Anhörung durch den Kultusminister findet an sieben Sitzungstagen in der Zeit vom 11. - 20.2. statt.

Neujahrsempfang 1981

„Die Hochschule in ihrer Region“ war das Motto, und die Region war präsent, zumindest in hohem Maße repräsentiert. So viele Gäste und Freunde aus Politik und Verwaltung, Kirche, Schulen, Wirtschaft, nicht zuletzt aus den Hochschulen des Landes hatten die Hochschulangehörigen beim Neujahrsempfang noch nicht begrüßen können. Es war — mit Verlaub — voll.



In seiner Ansprache erläuterte der Rektor, in welcher Weise die Hochschule in ihrer Region wirksam werde. Sie sei nicht nur universitäre Bildungsstätte für Studenten aus der Region — immerhin kommen 72 % der Studierenden aus 10 ostwestfälischen Kreisen — sondern auch öffentlicher Arbeitgeber mit einer großen Zahl hochqualifizierter Arbeitsplätze sowie Serviceeinrichtungen in der Region für kulturelle Angebote, Weiterbildung und Innovations- und Technologietransfer für die gewerbliche Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt der Absolventen sei nicht auf den ostwestfälischen Raum beschränkt, allerdings solle die Hochschule auch die Möglichkeit schaffen, daß ihre Absolventen in der Heimatregion gute Arbeitsplätze einschließlich Führungspositionen einnehmen können.



Dies alles ist ja nicht ganz neu, aber der Rektor besteht bekanntlich darauf, manche Dinge nicht nur einmal zu sagen. Bemerkenswert einige kritische Untertöne, die vor dem erlauchten Kreis moderat formuliert blieben, wie: „Es ist gut, die Repräsentanten der Region mit denen der Hochschule freundschaftlich umgehen zu sehen, aber für die Verankerung der Hochschule in der Region an Haupt und Gliedern bleibt noch viel zu tun!“ Dies gelte insbesondere in bezug auf die Studenten: ‚Universitätsstadt ja — Studenten nein danke?‘ beleuchte einen wichtigen Aspekt des zu verbessernden Verhältnisses zwischen Hochschule und Region. Aber auch allgemein sei das Verhältnis der Gesellschaft und ihrer gewählten Vertreter zur Bildungspolitik verbesserungsbedürftig, vornehm formuliert: „Die Bildungspolitik gehört nach Auffassung der meisten Politiker in den 80er Jahren nicht mehr zu den vorrangigen gesellschaftlichen Problembereichen“.

Sonnenenergie

Großes Interesse an der 2. Veranstaltung der Vortragsreihe „Paderborner Kolloquium Maschinentechnik“.

Der Dekan des Fachbereichs 10, Prof. Fritz Dohmann, konnte neben den Vertretern des Rektorats den Bundestagsabgeordneten Dr. Heinrich Pohlmeier als Vorstandsmitglied der Fördergesellschaft der Universität, Stadtdirektor Wilhelm Ferlings als Mitglied des Kuratoriums und Dr. Franz Broer als Vorsitzenden der Fördergesellschaft für die ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsbereiche an der Universität Paderborn begrüßen.

In seiner Einleitung ging Prof. Dieter Gorenflo auf die derzeitige Energiesituation ein und machte deutlich, daß vor allem die Notwendigkeit zur Einsparung besteht. Er zeigte, daß die Nutzung der Sonnenenergie eine Möglichkeit hierfür bietet. Anhand neuester Statistiken war zu erfahren, daß Anfang des Jahres 1980 ca. 4500 Solaranlagen in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb waren. In einer Untersuchung von ca. 500 der genannten Anlagen stellte sich heraus, daß bei mehr als 3/4 der Betreiber die Erwartungen hinsichtlich Betriebssicherheit und Wirtschaftlichkeit erfüllt wurden. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um Anlagen zur Warmwasserbereitung im Haushalt.



Im Zusammenhang mit der Nutzung der Sonnenenergie zum Kühlen erläuterte Prof. Gorenflo die Wirkungsweise einer Absorptionskältemaschine, die in Ländern der warmen Klimazonen verstärkt zur Kälteerzeugung und Klimatisierung eingesetzt werden könnte.

Die Weiterverfolgung solcher Projekte ist für den Export und unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungshilfe von Interesse. Bis zur Serienreife der Anlage sind allerdings noch Anstrengungen in Forschung und Entwicklung notwendig.

Unternehmen O-Phase

Über Planung, Durchführung und Erfolg des Unternehmens sprachen Michael Szczygiel und Christoph Bäcker von der ZSB mit Susanne Schüssler (Fachschaftsreferentin des AStA), Barbara Wessling (FB 1, Tutor), Axel Bender (Kulturreferent des AStA), Hermann-Josef Pelgrim (FB 5, Erstsemester) und Michael Petig (FB 14, Tutor).

ZSB: Wie wurde die Orientierungsphase vorbereitet?

Schüssler: Auf Initiative des AStA, studentischer Gruppen und Tutoren der letzten Semester konstituierte sich eine Vorbereitungsgruppe, die während des Sommersemesters wöchentlich tagte, um die Tutoren vorzubereiten und Arbeits- und Informa-

Einblick in die Organisation der Hochschule, die Selbstverwaltungsgremien und studentischen Gremien gegeben werden.

Bender: Interessant ist, daß als erstes immer nach dem Stundenplan gefragt wurde, wir aber bewußt dieses Thema erst am Ende der Orientierungsphase erörtert haben, weil sonst für die anderen Dinge vielleicht das Interesse erloschen wäre.

Schüssler: Zur Koordination der Gruppenarbeit gab es ein Orientierungsbüro am Haupteingang, das sich sehr bewährt hat. Hier laufen die organisatorischen Fäden zusammen. Es konnte z. B. hier jederzeit Auskunft gegeben werden, wo welche Gruppen gerade tagten. Auch Nachzügler war somit zu helfen.

ZSB: In Planung, Organisation und Durchführung der Orientierungsphase ist viel Arbeit investiert worden — hat sich dieser Aufwand für die Studienanfänger gelohnt?

Pelgrim: Ja. Mir hat die Orientierungsphase sehr gut gefallen. Ich war angenehm überrascht davon, daß wir nicht sofort in den Studienbetrieb eingegliedert wurden, sondern daß wir neben den notwendigen Informationen über den Studiengang und die Studiengestaltung auch Kontakte mit anderen Studienanfängern schließen konnten. Auch über die politische Situation an der Hochschule wurde gesprochen.

Kritisch möchte ich anmerken, daß in einzelnen Bereichen der Kontakt zu den Dozenten gefehlt hat und diese allenfalls zu Fachfragen Stellung nahmen. Ich möchte an die Dozenten appellieren, den hierarchischen Abstand zu den Studienanfängern abzubauen. Das war in der Gruppenarbeit anders: im Kontakt zu älteren Studenten wurde die Distanz zu uns Studienanfängern schnell überbrückt, wir lernten sie als Studenten wie wir selbst kennen und profitierten von ihrem Informationsvorsprung und ihren Erfahrungen. Durch die Gruppenarbeit und die Initiative der Tutoren wurde auch erreicht, daß man nicht zum Einzelkämpfer wird, sondern daß man sich in Gruppen zusammenschließt. Vielfach existieren jetzt Gruppen von 4-6 Leuten, die gemeinsam arbeiten; dies halte ich für sehr arbeits- und



ZSB: Wenn wir uns an unser eigenes Studium erinnern, so gab es damals zu Beginn weder eine Einführungsveranstaltung geschweige denn eine besondere Orientierungsphase. Wozu dient eigentlich eine solche Orientierungsphase?

Wessling: Man muß davon ausgehen, in was für einer ziemlich hilflosen Situation der Studienanfänger steckt. Sein behütetes Schülerdasein hat ein Ende, er steht neuen unbekanntem Aufgaben gegenüber, die ihm Angst einflößen. Dazu kommt häufig, daß nicht nur ein Schulwechsel vom Gymnasium zur Hochschule vorliegt, sondern die meisten sind ja von Zuhause weg und wohnen allein. Sie kennen kaum jemand anderen und die vielen neuen Dinge und Schwierigkeiten, die auf sie zukommen, werden von den herkömmlichen Einführungsveranstaltungen überhaupt nicht berücksichtigt. Diese sind rein fachlich ausgerichtet, sehr knapp und auch einseitig gehalten. Der einzelne ist mit den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten allein gelassen und meint, daß nur er diese Probleme in besonderem Maße habe. Abzubauen ist dies nur durch Kontakte untereinander und durch spezielle Gruppenarbeit von Studenten für Studenten.

tionsmaterialien für die Orientierungsphase zu erstellen.

ZSB: Die Orientierungsphase lief wohl so an, daß sich am ersten Tag alle Studienanfänger getrennt nach Fachbereichen trafen und daß dann Kleingruppen von 10 - 20 Studenten mit je einem Tutor gebildet wurden. Wie sah im einzelnen die Gruppenarbeit aus und welche Schwierigkeiten ergaben sich?

Petig: Am Anfang versuchten die Mitglieder einer Gruppe sich einfach nur näher kennenzulernen. Den weiteren Ablauf sollten die Anfänger möglichst selbst mitbestimmen; dazu wurden sie befragt, was sie für Erwartungen, Wünsche und Probleme hätten. Es wurde auf Studienordnung, Prüfungsordnung sowie den Ablauf des Lehrbetriebes eingegangen. Eine räumliche Orientierung erfolgte mittels eines Spazierganges durch das Hochschulgelände, wobei die einzelnen wichtigen Anlaufstellen gezeigt und erläutert wurden. Führungen durch Bibliothek, AVMZ, aber auch Stadtführungen fanden statt. Es wurden Tips und Ratschläge für den privaten Freizeitbereich gegeben. Wir haben selbst ein aktives Kulturprogramm mit Workshops angeboten. Als wichtiges Anliegen sollte den neuen Studenten auch ein

kontaktfördernd. Viele halten auch über die Orientierungsphase hinaus Kontakt zu den Tutoren. Die Orientierungsphase bedeutet so eine weit ins Studium hineinreichende Hilfe.

ZSB: Durch die Orientierungsphase ist offensichtlich vieles von dem erreicht worden, was die Initiatoren beabsichtigten. Wo gab es Anlaß zur Kritik?

Bender: Die Unterstützung der Orientierungsphase durch Fachbereiche und Dozenten muß verbessert werden. In den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen z.B. sagen die Dozenten nur: „Ja, ja, Orientierungsphase können wir hier gerne machen“, pumpen aber gleich im 1. Semester die Studenten so voll mit Stoff, daß sie von morgens bis abends und auch an den Wochenenden zu tun haben, so daß keine Zeit bleibt für eine Fortsetzung der Arbeit der Orientierungsphase während des Semesters.

Petig: Ein Dozent z.B. hat seine Vorlesungen gehalten, obwohl offiziell für Studienanfänger vorlesungsfrei war.

ZSB: Die positiven Erfahrungen mit der Orientierungsphase in diesem Semester sind hoffentlich Anlaß, daß die Skeptiker ihre Vorbehalte aufgeben und sich aktiv mit um die Verbesserung der Orientierungsphase bemühen. Welche Pläne bestehen für die kommenden Semester?

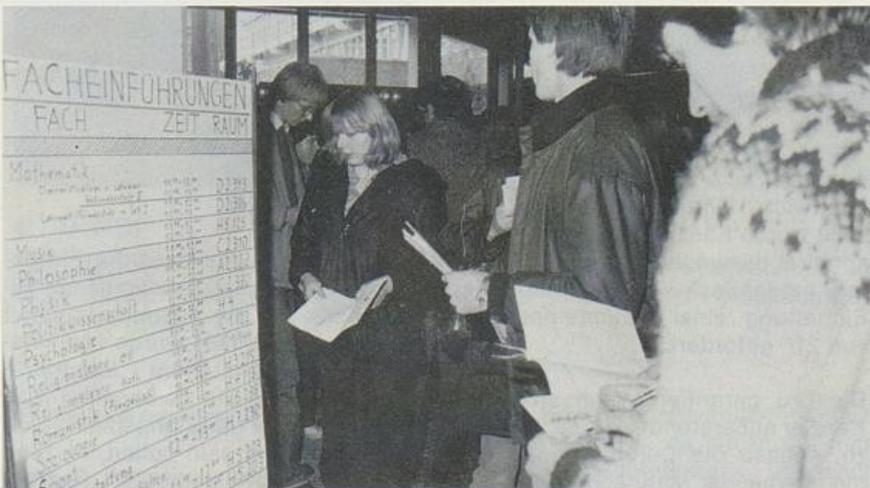
Petig: Der Kontakt, der in den Kleingruppen entstanden ist, sollte im ersten Semester weiter gepflegt werden, weil sich im Laufe des Studiums Schwierigkeiten einstellen, die man am Anfang noch gar nicht richtig einschätzen konnte. In den Gruppen kann man dann weitere Hilfestellung bekommen. Wir planen daher die Einrichtung von Tutorien, die über das ganze Semester laufen.

Wessling: Fernziel ist die Einrichtung eines Orientierungssemesters, wie es an den Universitäten Göttingen und Frankfurt für Lehramtsstudenten und Wirtschaftswissenschaftler schon angeboten wird.

ZSB: Wir wünschen der Studentenschaft auf jeden Fall weiterhin viel Erfolg für die Arbeit in den kommenden Semestern und eine gute Zukunft für die Orientierungsphase.

Informationstag für Schüler

Die Zentrale Studienberatungsstelle hatte im November 1980 die Schüler der Abschlußklassen von Gymnasium und Fachoberschulen der Region — potentielle Studienbewerber — eingeladen. Wie in den vergangenen Jahren waren die Fachbereiche an diesem ‚Tag der offenen Tür‘ bereit, sich vorzustellen. Den ca. 1.500 Besuchern und Fachoberschülern konnten natürlich keine individuellen Führungen geboten werden, es sollte aber ein Einblick in den Studienalltag gegeben und die Erkenntnis vermittelt werden, daß für den Erfolg letztlich das Interesse und die Motivation entscheidend sind.



Die Facheinführungen wurden zum größten Teil in zwei Durchgängen angeboten, die freigegebenen Vorlesungen erstreckten sich über den ganzen Tag. Daneben hatten die Fachrichtungen Chemie, Maschinenbau, Mathematik/Informatik und Physik noch Sonderveranstaltungen mit Laborbesichtigungen, Demonstrationen u. ä. zu bieten.

Hochbetrieb herrschte am Informationsstand der ZSB. Jede Menge an Informationsschriften zu einzelnen Studiengängen wurden verlangt, Fragen über Fragen zu den verschiedenen Bildungswegen, Studienmöglichkeiten und Berufsaussichten gestellt, aber auch zum x-ten Mal gefragt, wie man zum Gebäudekomplex D käme und ob der 8. Stock des H-Gebäudes vielleicht verschwunden sein könnte.



Trotz des breiten Informationsangebotes werden bestimmt auch viele Fragen offen geblieben sein. Zur Klärung bietet sich jedoch ein weiterer Besuch allein oder in kleineren Gruppen an.

Es ist zu hoffen, daß die Schulen den ‚Tag der offenen Tür‘ auch weiterhin als sinnvolle Information für diejenigen erachten, die vor ihrem Schulabschluß stehen.

Kostenexplosion

20° Raumtemperatur sind ausreichend! Diesen Standpunkt vertritt Kanzler Ulrich Hintze, seit die Ölpreisentwicklung zu einer Kostenexplosion auf dem Energiesektor führt. Die exorbitante Steigerung der Kosten für die Beheizung und Beleuchtung der Hochschulgebäude war für ihn jedenfalls Grund genug, von den in der für Sorgloszeiten gestalteten Arbeitsstättenverordnung genannten Mindestwerten abzuweichen und von allen Hochschulangehörigen Verständnis dafür zu fordern.

In der Personalversammlung der nichtwiss. Mitarbeiter am 25. 11. 1980 wurde Kanzler Hintze vom Personalrat deswegen massiv angegriffen, kategorisch wurde nämlich die Einhaltung einer Raumtemperatur von 21° gefordert.

Dies zu garantieren sah sich der Kanzler außerstande; 20° sicherte er zu, ebenso die Durchführung wärmedämmender Maßnahmen.

Die technischen Einrichtungen der Hochschule sind optimal. Daher ergibt sich die Frage, ob Unterkühlungen auf Bedienungsfehler oder auf die Nichtbeachtung von Anweisungen zurückzuführen sind. 20° wären ja wohl auch akzeptabel, aber nicht, wenn sie winters am Heizkörper gemessen werden.

Solidarität

„Spezialdemokraten müssen es nach Presseberichten wohl gewesen sein, die sich folgendes ausgedacht haben: Ministergehälter von künftig mehr als 200.000,- DM jährlich einerseits, Beförderungsstopp und das Verbot von Höhergruppierungen für die Dauer von sechs Monaten für die übrigen Landesbediensteten andererseits. Noch einschneidendere Maßnahmen sind von der Landesregierung für die Wiederbesetzung von Stellen beschlossen worden.

Nur die vielen haben also die Lasten zu tragen, die sich aus der Finanzmiserie des Landes ergeben. Allein de-

ren Solidarität zu Stellungslosen und zu Arbeitnehmern mit höherem Arbeitsplatzrisiko soll dazu beitragen, die Karre aus dem Morast zu ziehen.

Die Erfolgsaussichten muß man mit Fug und Recht bezweifeln. Mit diesen Maßnahmen wird nicht ein einziger Arbeitsplatz sicherer, aber auch keine Verbesserung der Arbeitslosenstatistik erreicht. Tun wir dennoch unsere Pflicht: 40 Stunden wöchentlich!

Hispanistik

Der Studienbeginn und die Einführung der Lehramtsstudiengänge Hispanistik für die Sekundarstufen I und II zum SS 1981 wurde vom Wissenschaftsministerium kurzfristig storniert, weil die personellen Voraussetzungen dann angeblich noch nicht gegeben sein sollen. — Eine wenig nachvollziehbare Begründung, denn auch nach Abschluß der Übernahmeprozedur nach § 120 WissHG wird sich bei den Fachvertretern weder personell noch kapazitativ eine Veränderung ergeben. Das Gründungsrektorat hat daher massiv gegen die unverständliche Entscheidung des MWuF protestiert.

Diplom-Einerlei

Das Hochschulrahmengesetz wurde wohl zu lange verdrängt; anders ist die Überraschung der Hochschule darüber kaum zu erklären, daß für berufsqualifizierende Studienabschlüsse Diplomgrade mit Angabe der Fachrichtung verliehen werden sollen. Das WissHG und das FHG ermächtigen den Wissenschaftsminister jedenfalls, per Rechtsverordnung, „zur Wahrung der gebotenen Einheitlichkeit“ die Bezeichnung der Diplomgrade und die Zuordnung zu den Fachrichtungen und Studiengängen zu regeln. Für die Fachhochschulstudiengänge und die entsprechenden Studiengänge an Universitäten-Gesamthochschulen- ist das schon passiert, für die integrierten Studiengänge steht es kurz bevor. Nun befinden sich Universitäten-Ge-

samthochschulen- in einem besonderen Dilemma: während sich bei traditionellen Universitäten, Technischen Hochschulen und Fachhochschulen das absolvierte Studium von der ein Diplom verleihenden Institution ableiten läßt, vereinen Gesamthochschulen eben beide Arten von Studiengängen unter einem Dach, bieten zusätzlich aber noch die kurzen Äste der integrierten Studiengänge an.

Bisher waren eindeutige Abgrenzungen mit der Graduierung in den FH-Studiengängen und der Verleihung differenzierter Diplomgrade in den integrierten Studiengängen gewährleistet. Nach den Vorstellungen des MWuF soll sich dies künftig nicht mehr aus dem Hochschulgrad, sondern nur aus dem Miteinander von Diplomurkunde und Abschlußzeugnis ergeben. Aus Sicht der Hochschule eine äußerst unglückliche Lösung, es werden sogar Gefahren für die Annahme bestimmter Studiengänge gesehen. Daher hat das Gründungsrektorat sich nach Anhörung der Dekane der betroffenen Fachbereiche entschieden gegen das beabsichtigte Diplomeinerlei gewandt.

Sparprogramm

Die Parkplatzsituation ist seit Bezug der Baustufe 1975 ein Dauerthema, zumal das Defizit zwischen Hochschule, Stadt Paderborn und, wenn auch differenziert, MWuF unstrittig ist. Eigentlich hatte die Hochschule noch vor Beginn des WS 1980/81 mit zusätzlichen befestigten Parkplätzen im Bereich der ehemaligen Halle Beseler gerechnet.

Dieser Zeitpunkt ist verstrichen. Für 1981 besteht inzwischen auch wenig Hoffnung, nachdem die Bundesregierung den Rückzug aus der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ angekündigt hat und lediglich die Fortführung der 1980 oder vorher begonnenen Baumaßnahmen garantierte.

Die Entwicklung der Benzinpreise dürfte zwar regulierend auf den Parkplatzbedarf wirken. Ein Trost kann das aber nicht sein, da das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel nach wie vor zu wenig attraktiv ist.

Anerkennung

Als einen bedeutenden Beitrag zur Förderung des Auslandsstudiums und zur beruflichen Mobilität in der EG bezeichnete Wissenschaftsminister Hans Schwier die jetzt durch Runderlaß den nordrhein-westfälischen Hochschulen bekanntgegebene Vereinbarung mit der französischen Republik über die gegenseitige Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in den geistes- und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Wissenschaftsminister Hans Schwier wies darauf hin, daß durch die Vereinbarung auch die Hochschulzugangsberechtigungen Abitur und Baccalauréat im jeweiligen anderen Land gelten. Außerdem können Absolventen deutscher Diplomhauptprüfungen, erster Staatsexamen und von Magisterprüfungen in Frankreich ohne weitere Qualifikation zur Promotion zugelassen werden. Entsprechendes gilt für französische Studenten.

(Aus: die Landesregierung informiert)

Nottingham hin

Mitglieder der Hochschule, insbesondere des FB 5, besuchten nach Zwischenstationen in Cambridge die Hochschule in Nottingham.

Am Trent-Polytechnik werden etwa 25 Studiengänge aus den Bereichen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Ingenieur- und Naturwissenschaften angeboten. In drei verschiedenen Kursformen streben derzeit ca. 8.500 Studenten einen der drei möglichen Abschlußgrade an.

Das Interesse der Paderborner Hochschulvertreter richtete sich einerseits darauf, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Studiengängen zu erkunden (z.B. European Business), den mit dem Fachbereich 5 schon begonnenen Studentenaustausch

auch für Studenten der Ingenieurwissenschaften zu ermöglichen und schließlich die Förderung der For-

schung auf gemeinsamen Arbeitsfeldern durch konkrete Projekte einzuleiten.



und her

Fünf Hochschullehrer des Trent-Polytechnik Nottingham besuchten die Hochschule Paderborn, um die Möglichkeiten gemeinsamer Forschungsvorhaben zu prüfen.

Erstklassige Adressen

Am 12. Januar konnten Gründungsrektor Prof. Dr. Friedrich Buttler und Prof. Dr. Peter Weinberg die Mitglieder des Marketing-Clubs Paderborn in der Hochschule begrüßen.

Die Clubmitglieder zeigten Interesse am Bibliothekssystem, den Einrichtungen des Audiovisuellen Medienzentrums, an Labors der Physik sowie an den Ausbildungsinhalten der speziellen Studienrichtung Marketing im integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften.

Nun werden zwar nicht alle Paderborner Absolventen in der Region einen Arbeitsplatz finden bzw. suchen, der Praxisbezug der Ausbildung erfuhr durch die Gespräche am Rande aber sicher zusätzliche Impulse.

Für beide Seiten, Praxisvertreter und Hochschule, war es ein nützlicher Informationsaustausch.

Reorganisation

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung erhält eine andere Struktur: die Abteilungen 3 und 4 sollen im Februar 1981 zusammengelegt, der Forschung eine eigene Abteilung gewidmet werden.

Ltd. Ministerialrat Prof. Dr. Hochmuth und Ministerialrat Fischer werden dann nicht länger für die Univer-

sität-Gesamthochschule-Paderborn zuständig sein, da sie in die neue Forschungsabteilung überwechseln. Regionalreferent wird dem Hörensagen nach Regierungsdirektor Dr. Lengers, der Hochschule nicht unbekannt, zumal er bis vor einiger Zeit als Hilfsreferent von Ministerialrat Fischer für prägnante Entscheidungen gut war.

Falsche Richtung für ‚Einer‘

Das Kulturprogramm der Stadt Berlin ist seit geraumer Zeit in der Hochschule erkundbar. Zunächst auf einer einfachen Plakatwand, seit kurzem aber auf einer Nachbildung der historischen Litfaßsäule. ‚Einer‘ hätte sich dort informieren können, er bräuchte dann Informationsdefizite in der Innenstadt nicht zu beklagen.

Die Säule wurde nicht etwa zu Lasten des Steuersäckels des Landes zu rd. 8.000 DM erstanden, Kanzler Ulrich Hintze ‚erstritt‘ sich die Säule vielmehr im jahrelangen Ringen kostenlos, zuletzt mit Unterstützung des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten.

Seither lohnt sich ein Spaziergang durch das Hochschulgelände nicht nur um Hunde auszuführen. Das Theaterprogramm von Berlin ist stets im Innenhof an der Litfaßsäule ablesbar.

Förderung von Studentenwohnraum außerhalb von Wohnheimen

Trotz der großen Nachfrage nach Unterkünften für Studenten werden die Mittel zur Förderung von Studentenwohnraum außerhalb von Wohnheimen kaum in Anspruch genommen. Der Grund könnte darin liegen, daß diese Förderungsmöglichkeiten nicht hinreichend bekannt sind: Das Land hilft bei der Schaffung von Studentenwohnraum durch Neubau, Ausbau, Umbau und Erweiterungsmaßnahmen mit zinslosen Darlehen und Zuschüssen. Die Hälfte der Förderungsmittel (in vielen Fällen auch mehr) wird in der Regel als nicht rückzahlbarer Zuschuß gegeben, z.B. für Neubaumaßnahmen außerhalb des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues

— Studentenzimmer in Eigenheimen und Eigentumswohnungen sowie in Mehrfamilienhäusern außerhalb der Wohnungsabschlüsse: zinslose Darlehen und Zuschüsse bis zu insges. 16.500 DM

— Studentenappartements in Eigenheimen, Mehrfamilienhäusern oder ausschließlich Studentenwohnraum enthaltenden Gebäuden / zinslose Darlehen und Zuschüsse bis zu insges. 20.750 DM und Aufwendungszuschüsse in Höhe von mindestens insges. 6.048 DM

— Studentenwohnungen: zinslose Darlehen und Zuschüsse bis insges. 33.000 DM und Aufwendungszuschüsse in Höhe von mindestens insges. 11.340 DM. Bei Ausbau-

Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen werden grundsätzlich zwei Drittel der Förderungssätze für Neubaumaßnahmen (nach den Umständen des Einzelfalles auch mehr) gewährt.

Die Zweckbestimmung des Wohnraums für Studenten entfällt nach 15 Jahren.

9. Studentenparlament

Mit einer Beteiligung von 44,23 v. H. wurde das 9. Studentenparlament im November 1980 gewählt.

Daraus ergab sich die Verteilung der 39 Sitze des SP auf folgende Gruppen:

JUSO-HG	13 Sitze
RCDS	9 "
GEW	4 "
GOL (Gewerkschaftlich orientierte Liste)	4 "
Liste Höxter	3 "
Liste Meschede	2 "
Liste Soest	3 "
Grüne	1 Sitz

Dem Präsidium gehören an:

Harald Heiermeier	Vorsitzender (JUSO-HG)
Achim Schmacks	stv. Vors. (JUSO-HG)
Jürgen Reitemeier	stv. Vors. (GOL)

ASStA-Mitglieder sind:

Arnold Drewer	1. Vors. (JUSO-HG)
Axel Bender	2. Vors. und Kulturreferent (JUSO-HG)
Josef Bellmann	Finanzreferent (JUSO-HG)
Alfons Bomholt	Fachschaftsreferent-Lehrämter (GEW)
Erhard Weniger	Fachschaftsreferent - integrierte Studiengänge (JUSO-HG)
Karl-Josef Kröger	Sozialreferent (GOL)
Josef Hucht	Referent Höxter
Michael Pack	Referent Meschede
Wilhelm Böhmer	Referent Soest (komm. gewählt)

Sportanlagen

Mit Beteiligung der Stadt Paderborn entstehen zur Zeit vis á vis dem Campus südlich des Südrings für rd. 15,5 Millionen DM die Sportanlagen für das Fach 'Sport', die teilweise



aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen sollen. Es werden im einzelnen errichtet: ein Hartplatz (Tennisplatz), fünf Kleinspielfelder, die Hauptkampfbahn (Typ B), eine Dreifachturnhalle mit Gymnastikhalle. Ein Institutsgebäude mit Hörsaal ist vorläufig dem Rotstift zum Opfer gefallen. Dessen ungeachtet kann die Universität-GH-Paderborn jubeln, ist sie doch die einzige Uni-

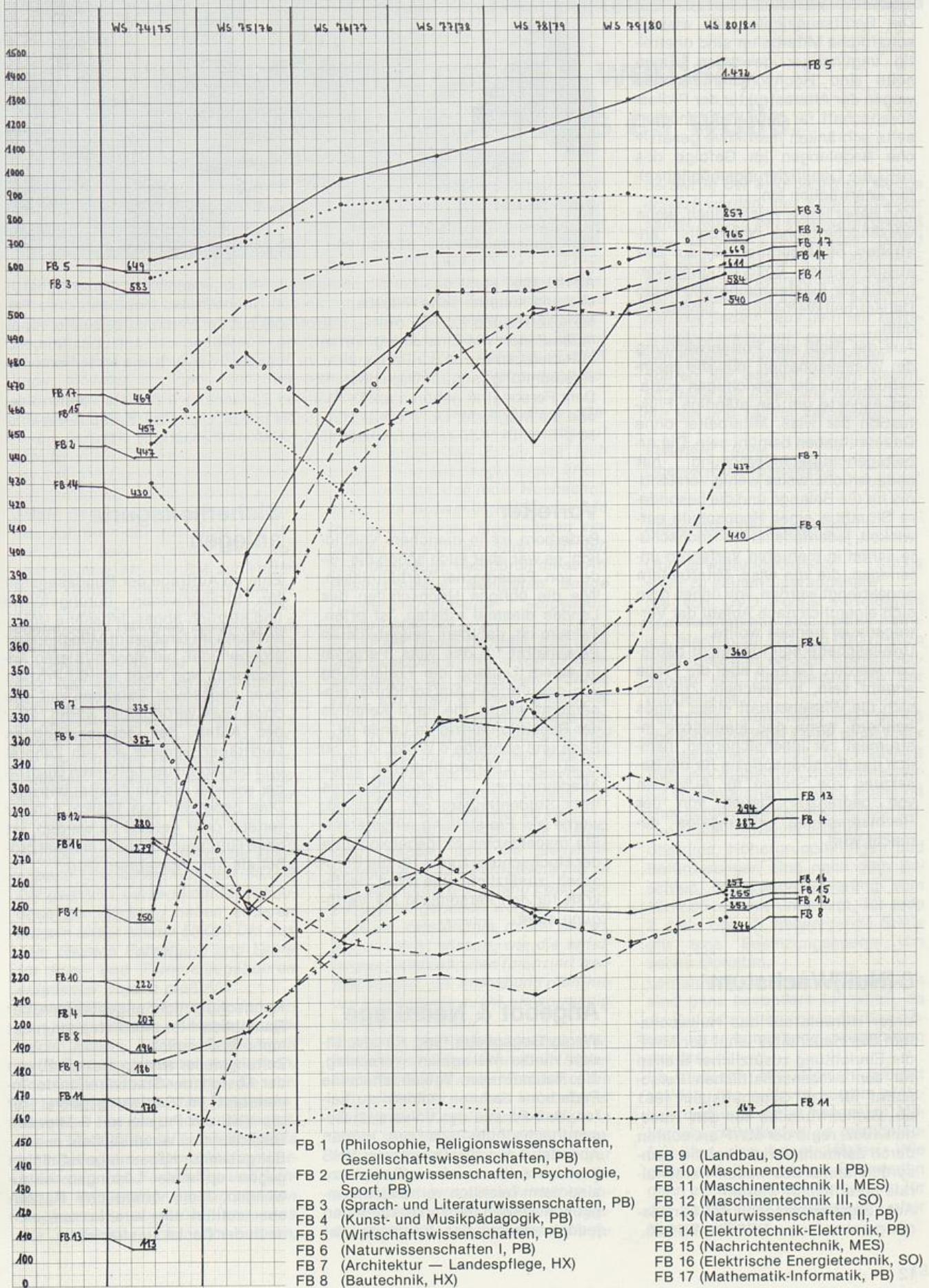
versität-Gesamthochschule in Nordrhein-Westfalen, an der mit dem Bau der Sportanlagen begonnen worden ist.

Auf der Baustelle gehen die Arbeiten zügig voran. Durch den frühzeitigen Beginn der Kälteperiode wird der gesetzte Zeitplan zur Fertigstellung der Sportanlagen nur geringfügig hinausgeschoben. So ist mit der Beispielbarkeit des Tennisplatzes und der Kleinspielfelder spätestens mit Beginn des Sommersemesters 1981 zu rechnen. Wegen der einzuplanenden 'Rasenanwuchszeit' wird sportliche Betätigung auf der Hauptkampfbahn vor dem Wintersemester 1981/82 nicht möglich sein. Die Dreifachturnhalle ist ebenfalls bereits im Bau. Nach derzeitigem Baufortschritt ist mit der Fertigstellung und damit dem Nutzungsbeginn zum Ende des WS 1981/82 zu rechnen.

Ein gütiger Wettergott und nicht versiegende Geldquellen sind zur Erreichung dieses Planungszieles jedoch überaus wichtige Faktoren.



Studentenverlaufsstatistik



- FB 1 (Philosophie, Religionswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, PB)
- FB 2 (Erziehungswissenschaften, Psychologie, Sport, PB)
- FB 3 (Sprach- und Literaturwissenschaften, PB)
- FB 4 (Kunst- und Musikpädagogik, PB)
- FB 5 (Wirtschaftswissenschaften, PB)
- FB 6 (Naturwissenschaften I, PB)
- FB 7 (Architektur — Landespflege, HX)
- FB 8 (Bautechnik, HX)
- FB 9 (Landbau, SO)
- FB 10 (Maschinentechnik I, PB)
- FB 11 (Maschinentechnik II, MES)
- FB 12 (Maschinentechnik III, SO)
- FB 13 (Naturwissenschaften II, PB)
- FB 14 (Elektrotechnik-Elektronik, PB)
- FB 15 (Nachrichtentechnik, MES)
- FB 16 (Elektrische Energietechnik, SO)
- FB 17 (Mathematik-Informatik, PB)

Kettenverträge

Die Berufsaussichten für wissenschaftliche Mitarbeiter sind unstrittig ungünstiger geworden. Einerseits sind Hochschullehrerstellen wegen der Altersstruktur der Professorenschaft rar geworden, andererseits schränken restriktive gesetzliche Regelungen im Gefolge des HRG die Qualifizierungsmöglichkeiten unerträglich ein.

Von daher ist es verständlich, wenn wissenschaftliche Mitarbeiter anstreben, ein eigentlich nur auf Zeit ausgerichtetes Beschäftigungsverhältnis zur Existenzsicherung in ein Dauerarbeitsverhältnis umzuwandeln.

Aus der Sicht der Fortentwicklung der Wissenschaften muß die Hochschule trotz der gewichtigen sozialen Aspekte um die ständige Fluktuation der wiss. Mitarbeiter ohne Daueraufgaben bemüht sein. Die Arbeitsgerichtsrechtsprechung hat bedauerlicherweise wenig Verständnis für die Belange und die besondere Situation einer Hochschule entwickelt, jedenfalls ist die Hochschule schon in mehreren Verfahren unterlegen, die von wiss. Mitarbeitern angestrengt wurden, von denen man sich eigentlich nach Ablauf der Vertragsdauer trennen wollte.

Urteilsschelte soll hier nicht betrieben werden. Es muß aber die Frage erlaubt sein, in welchem Zustand sich die Wissenschaft eines Tages befindet, wenn das klassische Instrument zur Ideensicherung, nämlich das Rotationsprinzip für die Besetzung von Stellen für Aufgaben von begrenzter Dauer, von der Rechtsprechung wirkungslos gemacht wird.

0-(Null)Wachstum

Unter Hinweis auf das Nullwachstum des Haushaltes lehnt der MWF die Einrichtung zusätzlicher Stellen für den wissenschaftlichen Personalrat für das Geschäftsjahr 1981 ab. Stellenwünsche für den Haushalt 1982, regte der MWF an, sollten durch Zahlenmaterial über die Inanspruchnahme des neuen Personalrats untermauert werden.

Aus: Ergebnisprotokoll der Landesrektorenkonferenz NW vom 7.11.80.



Ab 1.1.1980 sieht das Landespersonalvertretungsgesetz für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter an den Hochschulen eine besondere Personalvertretung vor. Auf Antrag Betroffener hat der Personalrat bei Personalmaßnahmen wie Einstellung, Versetzung, Kündigung etc. mitzubestimmen. In Paderborn wurde der Personalrat im Juni 1980 gewählt, die erste Personalversammlung fand im Dezember 1980 statt.

Dem Personalrat gehören an: Dr. Wilfried Buddensiek (FB 5) als Vorsitzender und die Mitglieder Dr. Thomas Hangleiter (FB 6), Dipl.-Päd. Karl-Ludwig Hesse (FB 1), Dr. Karl-Heinz Ohrbach (FB 13), B. André Ostiguy (FB 3).

Vorreiter

Paderborn ist in manchem vorbildlich, es war aber auch schon die Rede von Paderborner Verhältnissen. Wie die übrigen Hochschulen des Landes diesmal urteilen, ist offen. Faktum ist, daß dem neugebildeten Personalrat für das wiss. Personal in einem Umfang die Freistellung von den übrigen Amtspflichten eingeräumt wurde, die nach Kenntnis der Redaktion einzig im Lande ist. Sage und schreibe 6 WStd., d. h. 50 v. H. der Lehrverpflichtung eines Akademischen Rates/Oberrates trotz Studentenberg und Überlast, wurde als Freistellung eingeräumt. Ein respektables Entgegenkommen der Hochschule, zumal für die Büroarbeit zusätzlich eine stud. Hilfskraft für den Personalrat zur Verfügung steht.

Angebot & Nachfrage

Wenig Gegenliebe fand Kanzler Ulrich Hintze mit seinem Vorschlag, die Raumnot der Volkshochschule Paderborn dadurch mildern zu helfen, daß Räume der Universität-Gesamthochschule-Paderborn in den Abendstunden für Zwecke der VHS bereitgestellt werden (Parkplätze sind dann reichlich vorhanden). Angeblich werden die Veranstaltungen jedoch wegen der Randlage der

Sicherheitsgurte anlegen

Eine im Auftrage der Bundesanstalt für Straßenwesen durchgeführte und kürzlich abgeschlossene Untersuchung im Großraum München hat ergeben, daß bei einer mittleren Anlegequote von mehr als 50 Prozent zwar ebensoviel Personen mit wie ohne Gurt verunglückt waren, aber der Anteil der schwerverletzten Gurträger weniger als ein Zehntel und der Anteil der getöteten Gurträger weniger als ein Fünftel betrug. Dies bedeutet: Das Risiko, schwer verletzt oder getötet zu werden, ist ohne Gurt neunmal bzw. viermal größer als mit angelegtem Gurt.

Hochschule nicht angenommen, der Raumbedarf ist plötzlich auch nicht mehr so dringlich.

Zeitungsleser wissen mehr, z.B. von der Absicht der Stadtväter, in der Innenstadt im Sanierungsgebiet für die VHS ein Projekt mit 3 Mio. DM Baukosten zu verwirklichen. Bei gesunder Kassenlage ist nichts gegen optimale Lösungen einzuwenden, leere öffentliche Kassen aber sollten alle veranlassen, sich nach der Decke zu strecken.

Leider muß gespart werden, aber nicht koste es was es wolle.

Lieber Herr Hochschullehrer, Sie beklagen u.a. in der letzten Ausgabe der Hochschulzeitung, daß Sie sich von mir ein Auslandsferngespräch genehmigen lassen müssen und daß Sie privates Schreibzeug einsetzen, weil das Ihnen zustehende jährliche Kugelschreiberdeputat Ende August erschöpft war. Nachdem auch ich über diesen Artikel gelacht habe, möchte ich Ihnen sachlich antworten.

Zunächst möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß der Hochschule allein für Fernmeldegebühren 245.000 DM (eine Viertelmillion) zur Verfügung stehen und daß auch dieser Betrag wie in den vergangenen Jahren nicht ausreicht? Ist Ihnen ferner bekannt, daß für Portokosten weitere 115.000 DM zur Verfügung stehen, die ebenfalls wie in den vergangenen Jahren unzureichend sind? Ist Ihnen bekannt, daß allein im Jahre 1979 156.000 DM aus Haushaltsmitteln, die zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für Forschung und Lehre bestimmt sind und für diesen Zweck dringend benötigt werden, zur Deckung des Telefonkostenfehlbetrages eingesetzt werden mußten? Und wissen Sie auch, daß zwar im Jahre 1980 der ursprünglich erwartete Fehlbetrag in Höhe von ca. 120.000 DM durch mehrfache Sparappelle der Verwaltung auf 86.000 DM gedrückt werden konnte, daß jedoch zur Deckung neben anderen Mitteln leider wieder 58.000 DM aus dem Bereich Forschung und Lehre für Post- und Fernmeldegebühren eingesetzt werden mußten?

Weil die Haushaltsmittel in den vergangenen Jahren niemals ausgereicht haben, wurden Regelungen getroffen, die geeignet erscheinen, kostendämmend zu wirken. So wurde beispielsweise die Gesprächsdauer bei Ferngesprächen begrenzt. Diese Maßnahme ist nun keinesfalls eine Paderborner Spezialität zur Verhinderung von Forschung und Lehre, sie ist vielmehr an den meisten Hochschulen eingeführt und, was Sie vielleicht auch nicht wissen,

durch die vom Finanzminister herausgegebenen Dienstananschlußvorschriften sind Zeitbegrenzungen für alle Landesbehörden vorgesehen.

Ferner wurde geregelt, daß das Führen von Auslandsferngesprächen, die Aufgabe von Telegrammen und der Versand von schweren Briefsendungen per Luftpost wegen der damit verbundenen höheren Kosten meiner vorherigen Zustimmung bedürfen.

Es ist mir deutlich, daß diese „Genehmigungspflicht“ keinen absolut durchschlagenden Erfolg mit sich bringt, denn aus langjähriger Erfahrung weiß ich, daß jeder Hochschullehrer die Notwendigkeiten der von ihm gewünschten Maßnahmen eingehend begründen kann. Ich bin aber überzeugt, daß durch diese Art Hemmschwelle wenigstens einige Hundertmarkscheine eingespart werden konnten.

Es ist mir ferner deutlich, daß man jede Regelung an Hand von Extrembeispielen ad absurdum führen kann. Mit Ihrem 69 Pfennig-Beispiel sind Sie auf dem besten Wege dahin. Es versteht sich doch wohl von selbst, daß mit restriktiven Maßnahmen gerade die teuren Gespräche eingeschränkt werden sollen und davon gibt es leider viel zu viel.

Zu Ihrer Freude werden Sie festgestellt haben, daß die Genehmigungspflicht für Ferngespräche in das benachbarte Ausland zwischenzeitlich aufgehoben worden ist. Ich bitte um Verständnis, daß in Zeiten, wo wir nicht wissen, wie die anfallenden Telefonkosten finanziert werden können, die Aufhebung restriktiver Maßnahmen nicht als vorrangig angesehen hatten.

Bezüglich des Gebrauchs bzw. Verbrauchs von Kugelschreibern haben Sie offenbar gewisse Probleme, die ich noch nicht erkannt habe. Es ist richtig, daß Kugelschreiber nicht in jeder gewünschten Menge ausgegeben werden. Das ist m.E. auch gar nicht erforderlich, da sich — wie ich aus eigener intensiver Schreibtischarbeit weiß — meist nur die Kugelschreiberminen verbrauchen, die je-

derzeit in der erforderlichen Menge ersetzt werden; der Kugelschreiber selbst jedoch hat erfahrungsgemäß eine längere Lebensdauer. Damit Sie aber keinesfalls in Ihren Forschungs- und Lehraktivitäten behindert werden, bin ich gern bereit, Ihnen bei Bedarf „aus dem mir zustehenden Kontingent“ gelegentlich einen Kugelschreiber abzugeben. Sollten Sie weitere Sorgen haben, so stehe ich Ihnen wie immer gern mit Rat und Tat zur Verfügung.

Eberhard Fuchs
Oberverwaltungsdirektor

Anmerkung der Redaktion:

Oberverwaltungsdirektor Fuchs steht zu seinen Sparappellen. Die von OVD Fuchs verteidigten Sparmaßnahmen sind relativ harmlos, dienen sie letztlich doch nur zu mehr Disziplin bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Bundespost.

Inzwischen weiß man: jetzt geht's ans Eingemachte! Es ist nicht mehr auszuschließen, daß im Haushalt 1981 Kürzungen im Sachmittelsektor vorgenommen werden, sicher ist aber schon, daß die Hochschule keinen Stellenzuwachs erfährt.

Überdies, Höhergruppierungen und Beförderungen sind nach dem Beschluß der Landesregierung vom 16.12.80 vorerst untersagt, für jede 2. freie oder 2. freiwerdende Stelle gilt eine Besetzungssperre von sechs Monaten.

Lehramtskandidaten schließlich sind ganz besonders betroffen, da die Aufnahmetermine in die Bezirksseminare kurzerhand verschoben wurden.

Es muß mit aller Gewalt gespart werden, das erst vor kurzem plötzlich und unerwartet entdeckte Milliardenloch erfordert es zwangsläufig. Und das bringt Härten. Wie meinte Kultusminister Girgensohn denn auch: Die Maßnahmen sind für die Betroffenen unangenehm, aber unvermeidlich.

Hätten Sie's gewußt?

Valet!

Scheiden tut weh: Dietmar Ulbricht, seit für die Branche unverhältnismäßig langer Zeit nicht nur Pressereferent dieser Hochschule, fand bessere Arbeitsbedingungen. Seine Kontaktfreudigkeit und sein ‚Feeling‘ dafür, was der Hochschule nützt, war allerdings für hiesige Verhältnisse auch unbezahlbar. Es war eben nur eine Zwischenstation für einen Profi in stets bestechender Form. Wer hätte die Hochschule besser an die Paderborner Blätter anbinden, wer verbindlichere Worte an Hochschulbesucher richten können? Man erhofft Ersatz.

Dem neuen Mann vergönnt wir ähnliches Glück bei der Knüpfung von Kontakten, vor allem aber eine flotte ‚Schreibe‘: ironisch, angriffslustig, flapsig, aber nie verletzend, ist erwünscht. Man muß sich fragen, ob das realisierbar ist.

Neue SFB's

Sieben neue Sonderforschungsbereiche werden nach einem Beschluß der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit Beginn des Jahres 1981 an deutschen Hochschulen eingerichtet. Da von den derzeit bestehenden 119 Sonderforschungsbereichen drei ihr Programm beenden, werden ab 1. Januar 1981 123 Sonderforschungsbereiche gefördert. In ihnen arbeiten — unterstützt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft — Wissenschaftler im Rahmen eines fächerübergreifenden Forschungsprogramms langfristig zusammen. Dadurch wird eine Konzentration der personellen und materiellen Ausstattung durch Planung und Abstimmung in den Hochschulen ermöglicht und die Kooperation der Wissenschaftler, auch über die Grenzen der Fächer, Institute, Fachbereiche und Fakultäten hinweg, sowie die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschule, verbessert.

Aus: Deutsche Forschungsgemeinschaft Presse.

Bereits seit langem warteten die Mitglieder der Studiobühne auf eine Erweiterung des Foyers und des Requisitenraumes. Noch schauen Herr

Dr. Kühnhold sowie die Herren vom Staatshochbauamt und der Verwaltung skeptisch.



Foto: Nitschke

Aber rechtzeitig zur Spielsaison 1980/81 wurden die Umbauten fertig. Nunmehr steht den Besuchern in

der Pause ein Foyer mit 90 qm und auch eine Raucherecke zur Verfügung.



Foto: Nitschke

Erweiterung der Cafeteria

Durch bauliche Einbeziehung von zwei angrenzenden Clubräumen wurden in der Cafeteria zusätzliche Sitzplätze geschaffen.

Das neue Jahr hat mehr Fläche beschert und den Nichtrauchern separate Räume. Viele hoffen jetzt auch darauf, daß die Summe des liegengelassenen Wohlstandsmülls sich nicht erhöht, sondern nur besser verteilt und einen angenehmeren Aufenthalt in der Cafeteria gestattet.

Separatismus

Laut VGrundO ist die Zentrale Studienberatungsstelle (ZSB) eine zentrale Einrichtung der Hochschule. Vollzogen wurde diese Regelung aber nie, die ZSB blieb vielmehr in die Hochschulverwaltung integriert. Weil Effizienz oder Initiativen (oder beides?) durch diese Organisationsstruktur beeinträchtigt sein sollen, diskutieren die zentralen Hochschulgremien ungeachtet der angelaufenen Satzungsarbeit darüber, der ZSB noch ein anderes Statut zu geben.

Höxter

Lehrpark ‚gestorben‘?

Studenten der Studienrichtung Landschaftspflege benötigen für eine praxisgerechte Ausbildung nicht nur Bücher und Zeichengeräte, sondern auch ein Gelände zur Gestaltung von Grünanlagen und zur Erprobung von Gehölzen und Stauden auf ihre Eignung für den Landschaftsbau.

Fachbereich 7 -Architektur- der Abteilung Höxter hatte daher nach detaillierter Planungsarbeit die Errichtung eines Lehrparks mit Baukosten von 1,9 Mio. DM beantragt. Wegen der Haushaltslage des Landes NW wurde das Projekt jedoch nicht einmal einer näheren Prüfung unterzogen, es erging vielmehr der Vorschlag zu prüfen, ob die Realisierung scheinbarweise möglich ist. Keine Alternative, wenn man die Sparbeschlüsse der Landesregierung bedenkt.

Folglich werden die Studenten sich auf ständige Exkursionen einstellen müssen (wer bezahlt?). Forstlehrpfade im Solling oder das Aboretum der Stadt Bad Driburg sind allerdings nur ein kümmerlicher Ersatz. Es wird zudem notwendig sein, bestehende Kontakte zum Institut für Bodenkunde der Universität Göttingen zu vertiefen, um, wie schon im letzten Semester, die Durchführung praktischer Übungen zu sichern. Da kann man wirklich von erschwerten Studienbedingungen sprechen.

Merke: die Einrichtung eines Studienganges ist eine Sache, die ordentliche Ausstattung eine andere.

Meschede

Weiterbildungszentrum eröffnet

In Anwesenheit von Politikern, Verbands- und Firmenrepräsentanten der Region, Angehörigen des Ku-

ratoriums der Hochschule, des Fördervereins, Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung sowie zahlreicher Behörden und öffentlicher Einrichtungen eröffnete Gründungsrektor Professor Dr. Friedrich Buttler das Zentrum für Weiterbildung in der Abteilung Meschede der Universität-Gesamthochschule-Paderborn am 22. Januar 1981.

In seiner Begrüßung ging Prof. Buttler darauf ein, daß erst das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen die Weiterbildung als Aufgabe der Hochschule bestimmte und nur die vorbehaltlose Unterstützung des Fördervereins der Abteilung Meschede schon 1980 die Abwicklung der Programme ermöglichte. 1981 solle nun das gesamte Programm in Trägerschaft der Hochschule laufen, das Ergebnis aus dem Vorjahr ermutige zur Fortsetzung. Insgesamt sei das Angebot 1980 von mehr als 400 Hörern angenommen worden, die Teilnehmerbefragung zur Verwertbarkeit der Ergebnisse in der beruflichen Praxis, zur Konzeption und zielgruppenorientierten Ausrichtung habe überwiegend positive Ergebnisse erbracht. Die weitere Erprobung sei daher keine Frage, zumal die Weiterbildung ein eigenständiger Zweig der Hochschulausbildung werden solle.

Abteilungsleiter Prof. Dr. Klaus-Dieter Schwarz demonstrierte anschließend in seinem Vortrag über ‚Moderne elektronische Steuerungen‘ anschaulich und eindrucksvoll, daß die Weiterbildung eine didaktische Umorientierung der Hochschullehrer erfordert.

Der Hörerkreis ist nicht homogen, die Voraussetzungen der Hörer sind unterschiedlich, der Dialog mit ihnen verlangt andere didaktische Vorgehensweisen als der Dialog mit den anderen Studenten. Daher ist es illusorisch zu glauben, Inhalte von ‚normalen‘ Lehrveranstaltungen seien einfach auf Weiterbildungsprogramme zu transponieren. Hochschulkapazität ist folglich nicht ohne Schwierigkeiten auf den Weiterbildungssektor auszurichten.

Soest

Fortschritte

Entgegen allen Unkenrufen ist der Um- und Ausbau des ehemaligen Stadtkrankenhauses ‚Am Steingraben‘ für Zwecke der Abteilung Soest so weit gediehen, daß nach derzeitigem Baufortschritt mit der Fertigstellung im Mai/Juni dieses Jahres gerechnet werden kann.

Anschließend können die Fachbereiche 12 und 16 vom ‚Hohen Weg‘ und der ‚Grünen Hecke‘ umziehen. Im Wintersemester 1981/82 kann der Studienbetrieb in den neuen Räumen beginnen.

Bereits Mitte Februar können im Untergeschoß des gemieteten Gebäudes ‚Am Steingraben‘ Speise- und Küchenräume in Betrieb genommen werden.

Was vor einem Jahr noch keiner so richtig zu glauben wagte, ist Wirklichkeit geworden. Das Schwesternwohnheim des ehemaligen Städt. Krankenhauses ‚Am Steingraben‘ ist mit erheblichem Kostenaufwand zum Studentenwohnheim mit 28 Plätzen umgebaut worden. Die ersten Studenten konnten zu Beginn des Jahres in ihr neues Zuhause einziehen. Die Wohnungsnot der Studenten in Soest konnte dadurch ein wenig gelindert werden. Gleichwohl ist entgegen den Erwartungen und früheren Umfrageergebnissen der Bedarf an preiswerten Studentenwohnheimplätzen wesentlich geringer als angenommen, denn es sind noch reichlich Wohnheimplätze zur Vermietung vorhanden. Wie heißt doch das Motto? „Wer zuerst kommt, malt zuerst“.

In Bad Sassendorf-Lohne wurden die Wirtschaftsgebäude eines Bauernhofes (Versuchsbetrieb ‚Hohe Rott‘) und eine 22,7 ha große landwirtschaftliche Fläche für den Fachbereich Landbau angepachtet. Die Gebäude wurden funktionsgerecht hergerichtet und der Universität-GH-Paderborn am 14.11.80 feierlich übergeben. Die Studenten des Fachbereichs Landbau haben jetzt die Möglichkeit, erworbene theoretische Kenntnisse in dem Versuchsbetrieb praxisbezogen anzuwenden.



„Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt...“, unter diesen Leitgedanken stellte Prof. Dr. Adolf Schüttler aus Bielefeld seine Laudatio für Prof. Dr. Ludwig Maasjost, den seit 1973 emeritierten Vertreter des Faches „Heimatkunde und Didaktik der Erdkunde“ an der Pädagogischen Akademie, später an der Pädagogischen Hochschule und schließlich an der Hochschule in Paderborn. Der Fachbereich 1 und das Fach Geographie hatten aus Anlaß des 75. Geburtstages von Prof. Maasjost zu einem Festkolloquium — übrigens der ersten derartigen akademischen Feier an der jungen Universität — geladen.

Trotz Schneesturm und schwierigen Verkehrsverhältnissen konnte Prof. Dr. W. Schlegel als Vertreter des gastgebenden Faches am Nachmittag des 5. Dezember 1980 im Hörsaal C 2 zahlreiche Gäste aus nah und fern begrüßen, unter Ihnen Vertreter von Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen und dem benachbarten Niedersachsen, von Kreis- und Stadtverwaltung, den Studienseminaren und Schulen des weiteren Paderborner Umlandes.



Foto: Rohlf

Mehr als 30 seit dem 1.1.1979 berufene Hochschullehrer haben auf Einladung des Gründungsrektors die Möglichkeit genutzt, Kollegen kennenzulernen, mit Vertretern der Stadt Paderborn Sorgen und Nöte des Einlebens zu erörtern sowie Kontakte zu den leitenden Beamten der Hochschulverwaltung und zentralen Einrichtungen anzuknüpfen und zu vertiefen. Das Spektrum der von den neuen Hochschullehrern vertretenen Wissenschaften reicht von der Theologie und Philosophie über Landespflege (Abt. Höxter), Landbau (Abt. Soest), bis hin zu den Ingenieurwissenschaften und der Mathematik.

Die Beratung von Fördergesellschaften in der Hochschule ist an sich nichts Ungewöhnliches, befindet sich dort doch ihr Betätigungsfeld. Daß zwei Fördergesellschaften aber gemeinsam tagen und dabei Kooperation geloben, hat durchaus Informationswert.

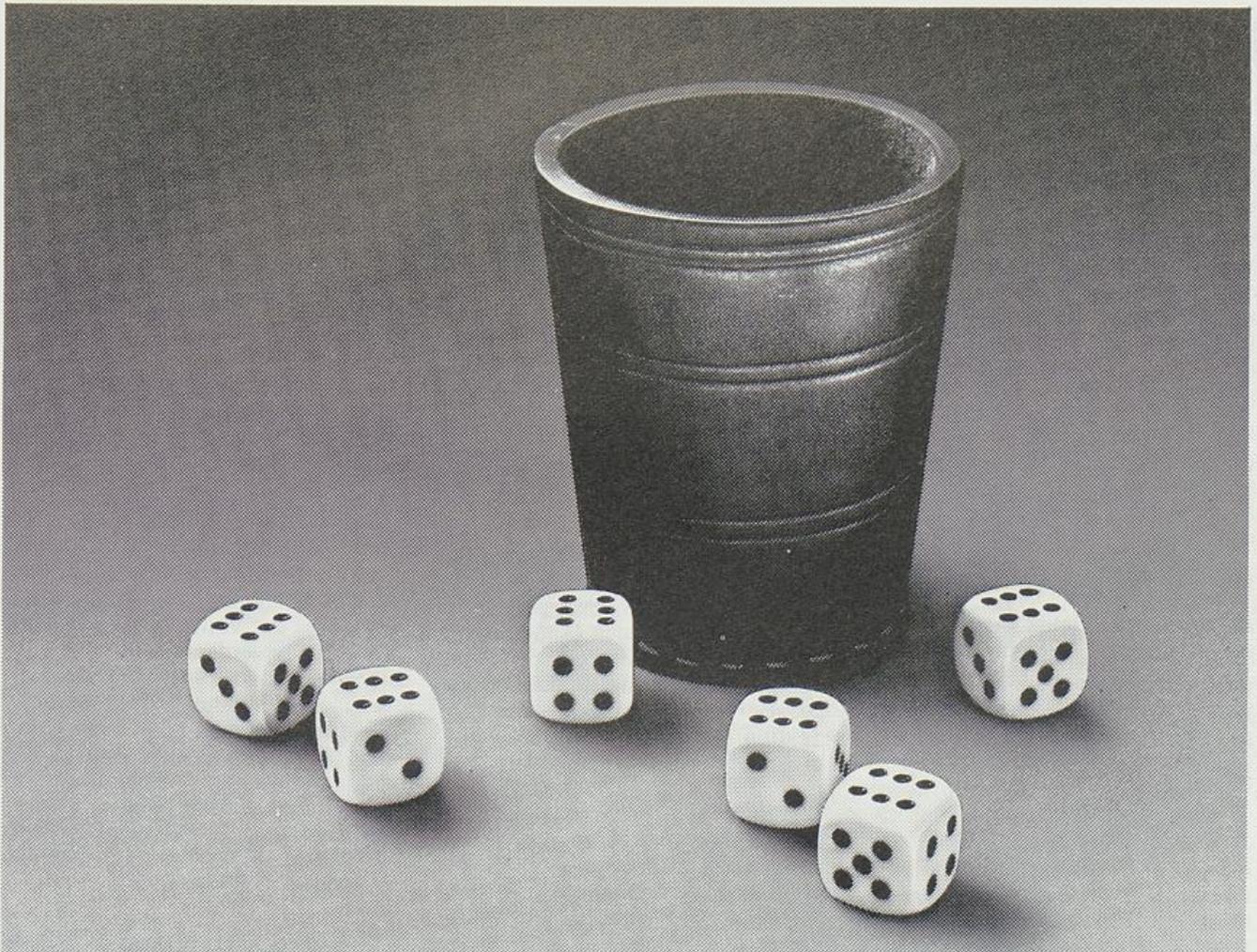
Am 6.1.1980 war es soweit. G.W. Sassenroth, stv. Hauptgeschäftsführer der IHK, der die personelle Verklammerung zwischen der Fördergesellschaft für die ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsbereiche und der Fördergesellschaft Gesamthochschule Paderborn e.V. sichert, begrüßte die Mitglieder sowie die Vertreter der Hochschule. Nach den Regularien wurde Übereinkunft dazu erzielt, daß weiterhin getrennt marschiert, aber gemeinsam geschlagen werden soll. Die Mitglieder bevorzugten es nämlich nach wie vor, Prioritäten für ihre Förderungspolitik setzen zu können, wobei sie selbstverständlich das Gesamtinteresse der Hochschule im Blick behalten wollen. ‚Kunst am Bau‘, und zwar die sogenannte Kanzlerdusche, war danach Ziel einer Besichtigung, wo Künstler Benno Buschmann die Funktion seines Werkes erläuterte.

Im Anschluß daran bestand Gelegenheit zum Aufwärmen bei einem Stehempfang des Gründungsrektors.

Interregnum

Diese Ausgabe hat kein Profi konzipiert. Verwaltungsleute haben daran gewerkelt, sie ist wohl auch danach. Kein Bundesminister lieferte einen Exklusivbeitrag, es mußten eben Seiten gefüllt werden. Rückgriff auf das fachliche Potential der Pressestelle machte es dennoch möglich, das Profil von NNN beizubehalten. Wenn es gelungen sein sollte, interessante Informationen an den Mann zu bringen, würden wir uns freuen.





Bei der Geldanlage sollte sich niemand aufs Glück verlassen...

...sondern auf einen persönlichen Berater. Für jeden Unternehmer stellt die finanzielle Vorsorge ein wichtiges Thema dar. Wer mehr Risiko trägt als andere, muß auch einiges mehr für die finanzielle Absicherung tun. Und deshalb sollte man die Vermögensbildung, die Altersvorsorge – kurz die Geldanlage – einem Fachmann anvertrauen: dem persönlichen Geldberater.

Er informiert klipp und klar, welche Anlageart, welche Kombination mehrerer Arten im Einzelfall die optimale ist.

Ob er nun festverzinsliche Wertpapiere, Sparkassenbriefe und -obligationen, Sparkassenfonds, Immobilienfonds oder andere Geldanlagen empfiehlt – in jedem Fall können Sie sicher sein, daß es sich um einen fachmännischen Vorschlag

handelt. Und weil der Geldberater aus vielen Gesprächen weiß, daß nicht immer alle Steuervorteile genutzt werden, wird er auch zu diesem Thema einiges zu sagen haben.

Sprechen Sie mit dem Anlagefachmann der Sparkasse – dem Geldberater – über Ihre persönliche Zukunftssicherung.

Sparkasse Paderborn 
nichts ist naheliegender

Ausgeschieden:

Mit Ablauf des 30.09.1980 schieden aus:

Wiss. Assistenten (m.d.V.b.)
 Norbert Rath, Fachbereich 1
 Heinrich Thess, Fachbereich 3
 Elmar Böhlen, Fachbereich 13
 Peter Klostermann, Fachbereich 13
 Günter Lanzrath, Fachbereich 13

Wiss. Angestellter Klaus Behling,
 Fachbereich 5
 Wiss. Assistent Hans-Peter Hossinger,
 Fachbereich 5
 Akad. Rat Dr. Thomas Würminghausen,
 Fachbereich 13

Einstellungen

Als Wiss. Angestellte wurden zum 01.10. 1980 eingestellt:

Werner Huber, Fachbereich 3
 Bernd Camphausen, Fachbereich 5
 Reinhard Balduhn, Fachbereich 10
 Hubert Fath, Fachbereich 10
 Thomas Blümel, Fachbereich 13
 Wigbert Hillebrand, Fachbereich 13
 Jürgen Hollmann, Fachbereich 13
 Dr. Helmut Rosemeyer, FB 13
 Wolfgang Tintemann, FB 13
 Horst Krasowski, Fachbereich 14
 Marianne Niedack, Fachbereich 17

Zum 15. 10. 1980 wurde eingestellt:

Dr. Claus Heisler, Fachbereich 6

Zum 01. 11. 1980 wurden eingestellt:

Stefan Gross, Fachbereich 3
 Reinald Schulz, Fachbereich 17

Zum 03. 11. 1980 wurden eingestellt:

Helmut Staminski, Fachbereich 5
 Volker Bieling, Fachbereich 10
 Rudolf Geisler, Fachbereich 13
 Werner John, Fachbereich 14

Zum 16. 11. 1980 wurde eingestellt:

Freddy Raschke, Fachbereich 5

Ernennungen:

Dr. Karl-Heinz Anthony
 mit Wirkung vom 24. 10. 1980 zum
 Professor im Fachbereich 6

Dipl. Ing. Holger Haag
 mit Wirkung vom 21. 10. 1980 zum
 Professor im Fachbereich 7

Dr. Ing. Gerd Mrozynski
 mit Wirkung vom 01. 10. 1980 zum
 Professor im Fachbereich 14

Rufe:

Prof. Dr. Wolfgang Schelling hat einen Ruf an die TU Hannover erhalten.

Sonstiges:

Lehrstuhlvertreter im WS 80/81

Dr. Severin Müller
 Dr. Arienne Windhoff-Heritier
 Dr. Rolf Rilinger
 alle Fachbereich 1
 Dr. Ulrich Dürr, Fachbereich 6

Varia:

Dr. M. Hartig, Fachbereich 3, wurde von der Forschungsstelle für Mehrsprachigkeit an der Universität Brüssel/Belgien zum korrespondierenden Mitglied ernannt.
 Vom Präsidenten des sechsten A.I.L.A. Weltkongress (Angewandte Linguistik), der vom 9.-15.8.1981 in Lund/Schweden stattfindet, wurde Dr. Hartig zum Vorsitzenden der Sektion „Communication Problems in Society“ ernannt.

Dr. Hartmut Steinecke, Prof. für Neuere deutsche Literatur, unternahm auf Einladung des Goethe-Instituts Großbritannien vom 21.-31.10.1980 eine Vortragsreise durch Nordengland und Schottland.



Dank und Anerkennung sprachen die Mitarbeiter des Fachbereichs 4 ihrer Fachbereichssekretärin Frau Lieselotte Hillebrand aus. Die Reg.-Angestellte wurde am 18.12.1980 verabschiedet. Frau Hillebrand war seit dem 1.7.1971 zunächst als Reg.-Angestellte bei der ehemaligen Pädagogischen Hochschule beschäftigt und wechselte zum 1.8.1972 zur errichteten Gesamthochschule Paderborn. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres schied Frau Hillebrand mit Ablauf des 31.12.1980 auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis bei der Universität-GH-Paderborn aus.

Die Vielfalt des Entscheidungsverhaltens von Konsumenten stand im Mittelpunkt der Vortragstätigkeit von Prof. Dr. Peter Weinberg, Fachbereich 5. Vor der Kommission für Marketing im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft referierte er in Schloß Gracht über Gewohnheitseinkäufe von Konsumenten, und auf der Tagung für Empirische Wahrnehmungsforschung in Schotten/Oberhessen sprach er über Impulskäufe von Konsumenten.



Sein 25jähriges Dienstjubiläum konnte Regierungsamtsrat Eugen Kaeder feiern. Er war nicht nur 1963 als Leiter der Verwaltung der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen und 1971 nach Überleitung in die Fachhochschule Südost-Westfalen sondern auch ab 1972 an der Gesamthochschule Paderborn engagiert für den Hochschulaufbau tätig. Seine Erfahrungen und sein Sachverstand für die Situation vor Ort waren, sind und werden auch für die Zukunft wertvoll sein.

Das Gründungsrektorat der Universität-Gesamthochschule-Paderborn und die Verwaltung trauern um

Regierungsamtsinspektor

Walter Rebbe

geb. am 27. 3. 1937,

der am 7. 1. 1981 auf dem Weg zum Dienst tödlich verunglückte.

1972 war Walter Rebbe schon als „Mann der ersten Stunde“ im Haushaltsdezernat der Hochschulverwaltung dabei. Als langjähriger Vorsitzender des Beamtenbundes und Personalratsmitglied setzte er sich mit viel Engagement für seine Kollegen ein. Erst im November 1980 konnte er auf eine 25jährige verdienstvolle Tätigkeit zurückblicken. Sein plötzlicher Tod hat viele, die ihn kannten und schätzten, tief berührt.



Eine Stadt und ihre Industrie. Partner, die einander brauchen - und doch gegensätzliche Interessen haben können.

Fabrikschornsteine stoßen nun mal keinen reinen Sauerstoff aus, Ruß, Abgase und Lärm sind mit Umweltschutz schwer zu vereinbaren.

Nixdorf und Paderborn haben es da einfacher.

Computer machen die Luft nicht schmutzig.

Sie verursachen keinen Lärm.

Sie verunreinigen keine Flüsse.

Die Denkfabriken des Elektronenzeitalters stehen im Grünen – wie am Fürstenweg.

Doch Platz brauchen auch sie.

Wenn sie Schritt halten wollen mit der Entwicklung.

Wenn sie sich am Markt behaupten wollen.

Sie müssen Kapazitäten schaffen, neue Gebäude, in denen Menschen arbeiten.

Menschen wie die 4 200 Nixdorfer in Paderborn.

Oder die 12 000 Nixdorf-Mitarbeiter in aller Welt.

Menschen, die beides brauchen:

eine menschliche Stadt – und ihre Industrie.

NIXDORF
COMPUTER